

Erfolgreiche Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit?

Im Herbst '89 war die Ausschaltung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) eine innerhalb der Opposition und auf den Demonstrationen unumstrittene Forderung. Wenngleich die Bekämpfung der organisierten Opposition gar nicht den überwiegenden Teil der Alltagspraxis dieser überdimensionierten Präventionsmaschine ausmachte, wurde das MfS doch zu Recht als politischer Kern des Gewaltmonopols in der DDR herausgestellt. Der Entdeckung des Waffenhandels der Stasi-Firma IMES in Kavelisdorf folgte die Flucht des MfS-Obersten und Devisenbeschaffers Schalck-Golodkowski in den Westen, der Rücktritt des Politbüros und die Besetzung der Kreis- und Bezirksverwaltungen des MfS innerhalb weniger Tage Anfang Dezember. Die Auflösung der Stasi und die Verhinderung von Nachfolgeprojekten (Amt für Nationale Sicherheit, Verfassungsschutz) war auch der einzige Punkt, in dem die Oppositionsgruppen am Runden Tisch gegenüber der Modrow-Regierung hart blieben. Mit der Unterstützung der regionalen Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS konnte die Vernichtung von Akten gestoppt und die Auflösung der Organisation durchgesetzt werden. Wenn auch kein Schwert mehr, so war das MfS unfreiwillig doch noch einmal Schild „der“ Partei: als Sündenbock.

Nach der Demontage des Machtapparates setzte – gestützt auf die frühen Aktenkenntnisse – eine erste Verschiebung hin zu einer moralischen Auseinandersetzung mit dem MfS ein. Die Ablehnung von Stasis in öffentlichen politischen Funktionen fand Nahrung an den ersten Enthüllungen prominenter IMs in den Reihen der neuen Organisationen (der DA-Vorsitzende Schnur, der SPD-Spitzenkandidat Böhme). Daneben verband sich die Forderung nach juristischer und sozialer Rehabilitierung Geschädigter

natürlich mit dem Verlangen, die Akten des zentralen Repressionsorgans dafür zugänglich zu machen. Hinzu traten – ebenso natürlich – machtpolitische Interessen an einer Delegitimierung der DDR, wie es der damalige Bundesjustizminister und frühere BND-Präsident Klaus Kinkel 1991 ausdrückte.

Eine umstandslose Verstaatlichung der Stasi-Akten im Zuge des Beitritts der ehemaligen DDR-Gebiete zum Geltungsbereich des Grundgesetzes konnten Proteste im September 1990 abwenden. Das damit erzwungene Stasi-Unterlagengesetz des Bundestages aus dem Jahr 1991 war ein Kompromiss. Einem individuellen Einsichtsrecht für Betroffene und ein beachtlicher Aktenzugang für Historiker stehen die strikte staatliche Kontrolle der Akten durch die Behörde des Bundesbeauftragten, ihre Auswertung für geheimdienstliche Zwecke und weitgehende Möglichkeiten für Personalüberprüfungen ohne Einwilligung der Betroffenen gegenüber. Alle diese Punkte waren im einschlägigen Gesetz der Volkskammer vom August 1990 noch nicht enthalten gewesen.

Die Bilanz fällt zwiespältig aus: Die intensive individuelle Auseinandersetzung mit dem MfS ist für eine herrschaftskritische Auseinandersetzung mit staatlicher Gewalt und Geheimdiensten kaum fruchtbar geworden. Nichts machte die verpasste Lektion deutlicher als die erstaunliche Karriere des Stellvertreters des Bundesbeauftragten Hansjörg Geiger, der nach seiner Tätigkeit in der Gauckbehörde Chef des Verfassungsschutzes und dann des Bundesnachrichtendienstes wurde. Im Jahr 2008 wurden dann sogar unrechtsstaatliche Akten des MfS herangezogen, als das Bundeskriminalamt gegen einen Oppositionellen ermittelte, der mit dem Ende der DDR seine Ablehnung von Staat und Herrschaft nicht aufgegeben hat.

Aus telegraph Nr. 115 / 2007:

OPPOSITIONELLE, TERRORISTEN, KRIMINELLE

Berlin, Prenzlauer Berg, vor 20 Jahren. Am 25. November 1987, gegen 0.00 Uhr dringen mit den Rufen „Hände hoch, Maschine aus!“ etwa 20 Mitarbeiter der Staatssicherheit und ein Staatsanwalt in die Räume der Umwelt-Bibliothek Berlin ein, die auch die Redaktionsräume der Samisdatzeitschrift Umweltblätter sind. Sieben Leute waren gerade beim Drucken der neuen Ausgabe. Die Durchsuchung wird mit einem §218 (Vereinigung zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele) begründet ...

Berlin, Prenzlauer Berg, 20 Jahre später. Am 31. Juli 2007 dringen bewaffnete Spezialeinsatzkommandos gewaltsam in mehrere Wohnungen ein. Die Zeitschrift telegraph, wie die Umweltblätter seit Herbst 1989 heißen, ist erneut ins Visier der Staatssicherheit, diesmal jedoch ihrer gesamtdeutschen Ausgabe, geraten:

Drei langjährige Redakteure und Autoren und ein Unterstützer der Zeitschrift sind von Ermittlungsverfahren, Hausdurchsuchungen und im Fall des Soziologen Andrej Holm von wochenlanger Haft betroffen, zwei weitere Redakteure einer mit längerer Stasi-Haft Erfahrung, wurden als Zeugen von der Bundesanwaltschaft vorgeladen und mit Geldstrafen und Beugehaft bedroht. Der Vorwurf diesmal: § 129a – Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ...

In mindestens einem Fall, so ist aus dem Kreis der Betroffenen zu hören, wären auch die persönlichen Stasi-Opferakten zur Erstellung eines aktuellen Personenprofils herangezogen worden - die Akten eines DDR-Oppositionellen, der 1988 zu jenen Organisatoren gehörte, die auch im Osten erfolgreich gegen den Westberliner IWF- und Weltbankgipfel mobilisierten. Das BKA habe versucht, mit Hilfe der Arbeit ihrer Kollegen von der DDR-Staatssicherheit zu belegen, dass ja schon damals Kontakt zu „terroristischen Kreisen“ im Westen bestanden hätte. Im konkret angeführten Fall meinte die Stasi damit übrigens die Umweltorganisation GREENPEACE.



28. 3. 1991 im Haus der Demokratie: öffentliche Diskussion der Redaktion „die andere“ zur Veröffentlichung der Stasi-Gehaltslisten